

12

Herausgegeben von *Albert Raasch*

Deutsch und andere Fremdsprachen - international

- *Länderberichte*
- *Sprachenpolitische Analysen*
- *Anregungen*

Deutsch

STUDIEN ZUM SPRACHUNTERRICHT UND
ZUR INTERKULTURELLEN DIDAKTIK

Rudolph Muhr
Universität Graz

Was ist Sprachpolitik? Gibt es eine Sprachpolitik für das Deutsche?

Die Vorgabe für das „Sprachenpolitische Forum“ war, zu klären, was unter „Sprachpolitik“ zu verstehen ist. Dieser Vorgabe versuchte ich (nicht zuletzt aufgrund der geringen Zeit, die zur Verfügung stand) in Form von Thesen nachkommen, die auf sozio- und pragmlinguistischen Überlegungen basieren. Sie sind durch einige Zitate ergänzt, die verschiedene sprachpolitische Positionen deutlich machen sollen und einschlägigen Publikationen entnommen wurden.

These 1:

Sprachpolitik ist eine Form sozialen Handelns, in deren Mittelpunkt die sozial-symbolische und die kommunikative Funktion der Sprache steht. Sprachpolitik ist immer integraler Teil einer allgemeinen Kulturpolitik und steht damit in engstem Zusammenhang mit der Identitätsbildung einer Gesellschaft. Sie formuliert so wichtige Teile des jeweiligen kollektiven Selbst- und Fremdbildes.

These 2:

Sprachpolitik kann nur von Kollektiven (sozialen Gruppen) oder Institutionen betrieben werden, nicht aber von einzelnen Personen, die sprachpolitische Einstellungen haben und sprachpolitisch gemeinte Einzelhandlungen vollziehen können.

These 3:

Sprachpolitik hat als Handlungsrahmen immer staatliche Einheiten zur Voraussetzung. Dabei wirkt sie nach innen und nach außen, indem Sprecher bestimmter Sprachen bzw. bestimmte Normen eingeschlossen und andere ausgeschlossen werden. Sprache hat in diesem Zusammenhang innerhalb eines Territoriums (und u.U. auch darüber hinaus) die Funktion, über geographische und soziale Gruppen hinweg Gemeinschaftlichkeit, Zugehörigkeit und soziale Identität zu schaffen.

These 4:

Primärer Gegenstandsbereich von Sprachpolitik sind Regelungen und Festlegungen über: a) die landesweit akzeptierten (Mehrheits- und Minderheits-) Sprachen, b) die als akzeptabel geltenden Sprachnormen, c) Regelungen, die die staatsbürgerliche Zugehörigkeit aufgrund von Sprache(n) betreffen und d)

Regelungen, die das Erlernen und Verwenden anderer Sprachen zum Inhalt haben.

These 5:

Im sprachpolitischen Diskurs ist zwischen *Sprachsituationen*, *sprachpolitischen Einstellungen* und *sprachpolitischen Absichtserklärung* zu unterscheiden. Die Sprachsituation der europäischen Länder und ihrer Bewohner ist in der Regel durch *Monolingualität*, darauf aufbauender Identitätsbildung und damit verbundenen Einstellungen zu Eigen- und Fremdsprache(n) gekennzeichnet. *Sprachpolitische Absichtserklärungen* im europäischen Kontext appellieren daher zu Recht auf eine Verstärkung der Kooperationsfähigkeit nach außen durch intensiviertes Fremdsprachenlernen und nach innen durch Betonung des Minderheitenschutzes.

These 6:

Die konkrete Sprachpolitik eines Landes oder eines Staatenbundes wie der EU ist jeweils auch Ausdruck sozialer Machtgefüge und sozialer Einstellungen innerhalb und zwischen Ländern, die sich international als *Sprachenmarkt* manifestieren. Auf dem Sprachenmarkt auf denen der Wert der Sprachen bestimmt wird, stehen einander mächtige (große) Sprachen bzw. mächtige (große) Länder ohnmächtigen (kleinen) Sprachen und Ländern gegenüber. Sprachen, die außerhalb ihrer Ländergrenzen keine Verbreitung finden, haben daher in der Regel keinen Marktwert, sondern lediglich einen landesspezifischen Gebrauchswert, der eng mit den ökonomischen und sozialen Ressourcen des jeweiligen Landes verknüpft ist. Die EU und der Europarat haben in diesem Zusammenhang Richtlinien erlassen, die die Ausrichtung des Sprachenlernens nach ausschließlich marktpolitischen Gesichtspunkten entgegenwirken sollen. Dazu ein Ausschnitt aus den Dokumenten des Europarats:

„Die Arbeit des Rates für Kulturelle Zusammenarbeit des Europarats, seit seiner Gründung in einer Reihe von mittelfristigen Vorhaben konkretisiert, hat seine Kohärenz und seine Kontinuität auf drei grundlegende Prinzipien gegründet, die in der Präambel zur Empfehlung R(82) 18 des Ministerrats des Europarats niedergelegt sind:

- daß das reiche Erbe der Vielfalt der Sprachen und Kulturen in Europa ein gemeinsamer Schatz ist, den es zu schützen und zu entwickeln gilt und daß es einer großen Anstrengung der Bildung und Erziehung bedarf: um diese Vielfalt von einer Barriere für die Verständigung in eine (Quelle gegenseitiger Bereicherung und gegenseitigem Verstehens umzuwandeln;
- daß allein durch die bessere Kenntnis moderner europäischer Sprachen die Kommunikation und Interaktion zwischen Europäern verschiedener Muttersprachen stattfinden kann, die Mobilität in Europa, gegenseitigem Verstehen und Kooperation befördert und dazu beiträgt, Vorurteilen und Diskriminierung zu überwinden;

daß Mitgliedstaaten, wenn sie nationale Politiken im Bereich des modernen Fremdsprachenlernens und -unterrichtens beschließen oder entwickeln, eine größere Konvergenz auf europäischer Ebene durch entsprechende Maßnahmen mit dem Ziel einer kontinuierlichen Kooperation und Koordination der Politiken erreichen können;“¹

These 7:

Keine Gesellschaft kann ohne sprachenpolitische Festlegungen auskommen. Diese sind um so wichtiger, je uneinheitlicher die Sprachsituation innerhalb eines Territoriums ist. Sprachenpolitische Festlegungen haben eine enorm wichtige sozialregulative Kraft, da durch sie der Status und die Gültigkeit von Sprachen festgelegt wird und damit Konflikte verhindert bzw. kanalisiert werden. Sprachenpolitische Konflikte entstehen immer dann, wenn sich bestimmte Sprachen und Gruppen exklusive Rechte einräumen und diese Rechte mit ökonomischen Vor- und Nachteilen verbunden sind. Wenn es zu einer Verbindung von ethnisch/sprachlicher Spezifität mit ökonomischer Vorrangstellung kommt, sind Konflikte bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen wahrscheinlich. Sie werden jedoch immer nur vordergründig im Namen von Sprache und Identität geführt.

These 8:

Sprachen sind Quellen der Verständigung wie auch Barrieren der Verständigung. Zwischen dem Vorkommen von Sprache(n) innerhalb eines Territoriums und der Kommunikation durch sie ist strikt zu unterscheiden. Sprachenkonflikte sind oft auch Kommunikationskonflikte, die durch dominante, nichtkooperative Sprachverhaltensformen ausgelöst werden. Der allergrößte Teil der sprachpolitischen Maßnahmen zielt daher zu Recht auf die Regelung der Kommunikation innerhalb des Territoriums und auf die Regelung der Kommunikation über deren Grenzen hinweg. Dem Bedürfnis und der Notwendigkeit nach Kooperation nach außen steht jedoch auch das Bedürfnis nach Aufrechterhaltung der sozialen und ethnischen Integrität im Inneren gegenüber. Vor diesem Hintergrund sind auch die Schwierigkeiten mit dem übermäßigen Einfluß bestimmter, dominanter Sprachen (z.B. Englisch) auf andere Sprachen zu sehen.

These 9:

Die sprachpolitische Situation des Deutschen nach Innen ist durch Dominanz und Alleinvertretungsanspruch des Bundesdeutschen, Ausrichtung des Schweizerdeutschen auf das Bundesdeutsche und sprachpolitischer Unbestimmtheit des

¹ Aus: Allgemeiner Europäischer Referenzrahmen für das Lernen und Lehren von Sprachen. 1.Entwurf. (Europarat) Straßburg, 1996, S. 1.

Österreichischen Deutschen gekennzeichnet. Dem plurizentrischen Charakter des Deutschen wird auf deutscher Seite nur am Rande und meistens nur widerwillig Rechnung getragen, da die Vorstellung mehrerer Standardnormen auf tiefsitzende Vorstellungen von singulärer Sprachrichtigkeit (auf der Basis des Bundesdeutschen) stößt und die darauf aufbauende Gemeinschaftlichkeitsbildung und Identitätsbildung via Sprache (Wer deutsch spricht, bzw. wer deutscher „Abstammung“ ist, ist Deutscher) in Frage stellt. Die Auswirkungen dieser Vorstellungen reichen als *ius sanguinis* bis ins Staatsbürgerschaftsrecht, das zwar in Deutschland geborenen Türken die Staatsbürgerschaft verweigert, den Wolgadeutschen jedoch als „Deutsche“ die Zuwanderung nach Deutschland erlaubt. Paradigmatisch dazu Haarmann (1992:73f):

„Was J. G. Herder und nach ihm die deutschen Romantiker verbreiteten, ist bis heute fester Bestandteil der schulischen Erziehung geblieben und dominiert die Kulturauffassung der Europäer. »Der europäische Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts kann als Sprachnationalismus, als Emanzipationsbewegung von Sprachgemeinschaften aufgefaßt werden. (...) Die sprachbezogene Nation, die »Sprachnation« ist also ein durchaus modernes Phänomen, ein Kind des 19., in wenigen Fällen schon des 18. Jahrhunderts« (KLOSS 1969a: 44). Ein Deutscher ist deshalb ein Deutscher, weil er Deutsch spricht und deutsche Kultur pflegt. Nach dieser Devise ist jemand kein Deutscher, wenn er nicht Deutsch spricht. Spätestens die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte *mit* deutschstämmigen Aussiedlern aus den ehemaligen Ostgebieten und der Sowjetunion haben den Deutschen im Westen verdeutlicht, daß das Deutschsein durchaus keine so einfache Sache ist, wie man weithin glaubt. Denn viele der Neuankömmlinge sprechen Russisch oder Polnisch und müssen die Sprache ihrer Vorfahren erst neu lernen. Trotzdem sind auch sie Deutsche, und zwar unabhängig von ihrer Sprache.“²

These 10:

Die sprachpolitische Situation des Deutschen nach Innen bedarf der *Anerkennung der inneren Mehrsprachigkeit*, einem entspannteren Verhältnis zu Normvorschriften, positiver Einstellungen zur sprachlichen Vielfalt bei gleichzeitiger Förderung der Heranwachsenden in Richtung auf sprachkooperative Grund-Haltungen in bezug auf Varianten der eigenen Sprache wie auch in bezug zu Fremdsprachen. Dies macht Einstellungsänderungen notwendig. Vor allem ist vom Ideal der *standardsprachlichen Monolingualität* in der Erstsprache abzugehen, das als Konzept des 19. Jhds. die Einheit des Landes gewährleisten und die Gelehrsamkeit einiger weniger kennzeichnen sollte. Zugleich muß auf die negativen Folgen der assimilatorischen Sprachpolitik in den deutschsprachigen Ländern aufmerksam gemacht werden, die keine Vorsorge in bezug auf die *Zuwan-*

² Haarmann, Harald (1992): Die Sprachenwelt Europas. Geschichte und Zukunft der Sprachnation zwischen Atlantik und Ural. Frankfurt/New York. S. 73f.

derersprachen trifft. Es ist unverständlich, daß die nichtdeutschsprachigen Zuwanderer ihre Herkunftssprache(n) nicht in Form von zweisprachigen Schulen und kulturellen Einrichtungen erhalten können und damit auf den Verlust von wertvollen Kenntnissen in Sprache und Kultur hingearbeitet wird. Gleichzeitig muß für den Erwerb eben dieser Kenntnisse viel Geld ausgegeben werden, damit z.B. Manager Arbeitsstellen in eben diesen Herkunftsländern ihre Arbeit aufnehmen können. Ein zeitgemäßes und den Umständen moderner Gesellschaften angepaßtes Konzept der Förderung der Zuwanderersprachen existiert hingegen in Australien, das sich auch der Notwendigkeit der Förderung kleiner Sprachen bewußt ist:

„A number of foreign languages taught in Australian universities are under threat at present because their low enrolments afford them only small numbers of staff, and the few staff are very hard pressed to maintain teaching by the conventional methods. If any language ceases to be offered, Australia loses capacity to learn and communicate in that language. It is urgent to find ways of teaching the languages and their literatures with less pressure on staff time and by improved learning methods.“³

These 11:

Die *sprachpolitische Situation des Deutschen nach Außen* ist auf bundesdeutscher Seite gekennzeichnet durch ein großes Auslandsengagement, zunehmende Funktionalisierung der Sprachvermittlung für wirtschaftspolitische Zielsetzungen und Konkurrenz zum Englischen, wobei sich der Eindruck aufdrängt, daß die sprachverbreitungspolitischen Maßnahmen auf deutscher Seite in vielerlei Hinsicht als Ersatz für die militärischen und diplomatischen Einflußmöglichkeiten anderer großer Länder wirken. Es erscheint mehr als problematisch, wenn die Sprachverbreitungspolitik einerseits völlig dem Diktat der globalen (wirtschaftspolitisch motivierten) Einflußnahme unterworfen ist, dieselbe andererseits aber unter Verweis auf Goethe und Schiller bzw. die Besonderheit der deutschen Sprache und Kultur ausschließlich als kulturell motivierte Maßnahme dargestellt wird. Diesen Eindruck hinterlassen die diesbezüglichen politischen Absichtsbeurteilungen führender deutscher Politiker:

„Die Bundesregierung ist bemüht, die bestehenden Ansätze zu einer intensivierte Zusammenarbeit mit der Wirtschaft in der Auswärtigen Kulturpolitik weiter auszubauen. Sie ist überzeugt, daß in der Diskussion um die Sicherung des Standorts Deutschland nicht nur wirtschaftliche Kategorien maßgeblich sind. Der Wettbewerb um Ressourcen und Wohlstand, um Marktanteile und Investitionen verschärft sich in globalem Maßstab. Das weltweite Ansehen Deutschlands als Kulturation, zu der eine solide kulturelle Präsenz im

³ Aus: Rawson, Beryl / Johnson, Richard (1994): Alternative ways of teaching languages of small enrolment. Higher Education Division and Investigations Program. Australian Government Publishing Service, Canberra. S. vii.)

Ausland maßgeblich beitragen kann, ist ein bedeutender Faktor in diesem Wettbewerb. Politik und Wirtschaft, das internationale Ansehen Deutschlands und die Auswärtige Kulturpolitik sind durch *vielen direkte Schnittstellen eng miteinander verzahnt*. Hier gilt es, die Parallelität der Interessen mehr als bisher in gemeinsames Handeln umzusetzen...“⁴

„Mißverstehen Sie mich bitte nicht. Es geht mir nicht vorrangig darum, die Geldtöpfe der Wirtschaft für unsere Zwecke anzuzapfen. Ich möchte Denkanstöße für Zusammenarbeitsformen geben, die über ein Sponsoring hinausgehen. Ich habe mein Haus beauftragt, in diesem Sinn das Gespräch mit der Wirtschaft zu suchen. Millionen DM werden für Sportidole ausgegeben, um ein positives Umfeld für Unternehmen zu schaffen und langfristiges Produktplacement zu ermöglichen. Warum soll es so etwas in der Auswärtigen Kulturpolitik nicht geben? Man könnte an eine „Sponsorenbörse“ denken, also regelmäßige Gespräche zwischen Wirtschaft und Auswärtigem Amt, um Sponsoren und außenkulturpolitische Projekte zusammenzubringen. Es geht um arbeitsteilige Kooperation, im Idealfall um eine Art Ko-Finanzierung von Projekten. Mein zentrales Anliegen ist, eine Diskussion zwischen Auswärtiger Kulturpolitik und Exportwirtschaft in Gang zu setzen, vorhandene Distanz abzubauen und durch Zusammenarbeit zu ersetzen. Was erwarten Wirtschaftsverbände und Exportwirtschaft eigentlich von der Auswärtigen Kulturpolitik? Wie beurteilen sie die Wirksamkeit des bestehenden Instrumentariums? Sind die inhaltlichen und regionalen Schwerpunkte richtig verteilt? Was erwartet die Auswärtige Kulturpolitik von der deutschen Wirtschaft? Wo lassen sich „Joint-Ventures“ in Gang setzen? Gibt es Übereinstimmungen oder Differenzen bei den Einschätzungen – und wenn ja, welche?“⁵

These 12:

Auf österreichischer Seite ist ein kleines, in den letzten Jahren aber gestiegenes Auslandsengagement festzustellen, das aber vor dem Hintergrund des völligen Fehlens sprachpolitischer Konzepte durchgeführt wird und durch eine Zersplitterung der Institutionen und Unklarheit über die eigentlichen Zielsetzungen gekennzeichnet ist.⁶

⁴ Aus: Jahresbericht der Bundesregierung zur Auswärtigen Kulturpolitik 1994/95, vorgelegt am 14.2.1996 in Bonn (Auszüge); Abgedruckt in Internationale Politik 3/1996, S. 102.

⁵ Aus: Rede von Bundesaußenminister Klaus Kinkel bei einem Symposium des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels am 15.1.1996 in Frankfurt am Main; Abgedruckt in: Internationale Politik 3/1996, S. 96.

⁶ Vgl. dazu ausführlich: Muhr, Rudolf (1996): „Die Auslandskulturpolitik Österreichs und Deutschlands – Ein Vergleich.“ In: Materialien zum Internationalen Kulturaustausch. Zeitschrift des Instituts für Auslandsbeziehungen (Stuttgart). Nr. 36: Sprachenpolitik in Europa. S. 98-109. Muhr, Rudolf (1995): „Die österreichische Sprach- und Kulturpolitik im neuen politischen Kontext nach 1998.“ In: Wodak, Ruth / de Cillia, Rudolf (Hg.) (1995): Sprachenpolitik in Mittel- und Osteuropa. Wien. S. 83.-93.

Auf Seite der Schweiz ist ein weitgehendes Fehlen von auslandsbezogenen DaF-Aktivitäten festzustellen, was auf die viersprachige Situation des Landes zurückzuführen sein dürfte, die die Verbreitung einer dieser Sprachen verbietet. Zwar gab es Aktivitäten in den sog. MOE-Ländern, diese zielten jedoch nicht auf die Sprachverbreitung, sondern waren als Aufbauhilfe in der Folge der politischen Wende nach 1989 aufzufassen. Sprachpolitisch ist die Deutschschweiz jedoch völlig nach Deutschland ausgerichtet, was sich auch daran zeigt, daß das Goethe-Institut eine Reihe von Zweigstellen unterhält und die Zertifizierung von nichtdeutschsprachigen Bewerbern für ein Universitätsstudium vornimmt. Das erschwert die Anerkennung des plurizentrischen Charakters des Deutschen und des eigenen Beitrags dazu.

These 13:

Zentrale Aufgabe einer europäischen Sprachpolitik und damit auch einer Sprachpolitik in bezug auf das Deutsche ist es, immer mehr Menschen zur Mehrsprachigkeit und zur multilingualen Kommunikationsbereitschaft zu führen, gleichzeitig aber Wege zu finden, die sprachliche Monopole und ein Verschwinden kleiner Sprachen verhindern. Die sprachpolitische Situation des Deutschen nach außen kann nicht durch den globalen Wettstreit zum Englischen, sondern nur durch die Konzentration auf ihre Funktion in Europa verbessert und gesichert werden. Deutsch ist keine Weltsprache, sondern eine wichtige europäische Regionalsprache. Allein aufgrund der Zahl der muttersprachlichen Sprecher ist Konkurrenz gegen das Englische zum Scheitern verurteilt. Wenn das Deutsche für viele europäische Sprecher die zweite oder dritte Fremdsprache wird, sind auch damit Sprecher und damit Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten „gewonnen“. Auf die negativen Folgen der Hegemonie, die von „großen“ Sprachen ausgeht, weist der UNESCO Bericht zur Sprachpolitik hin. Sie sollten jenen, die mit besonderem Eifer die Sprachverbreitungspolitik des Deutschen (oder anderer Sprachen) vorantreiben, zu denken geben:

„The monopoly accorded to a language which is declared „international“ confers unjust privileges upon its speakers. They do not require a knowledge of other languages in order to participate in international communication where they are. furthermore, always in an extremely strong position because their command of the linguistic instrument used is superior to that of their partner. ... The imbalances which exist on the international audio-visual market already constitute an important vector for the diffusion of North American culture. The generalisation of the teaching of English reinforces this movement of standardization. Accordingly, it is no exaggeration to think that a second universal language would have the same destructive effects on the present national languages as the latter have had and still do have on the regional and minority languages, with all the wellknown consequences for the reduction of the cultural heritage of mankind. Linguistic and cultural hegemony favours economic and political imperialism. Of course, a language in itself is not

imperialist. It is the relationships of force which it makes possible to institute or maintain which are imperialist. It is because the relations between the industrialised world and other countries are marked by an imbalance of power that the teaching of the „great“ European languages can take on an imperialist character.“⁷

These 14:

Der derzeitige DaF-Unterricht ist in dreifacher Hinsicht durch einen verengten Normbegriff gekennzeichnet, der den Gebrauch des Deutschen unsicher und sein Erlernen unvollständig macht:

1. Eine regionale Verengung durch Nicht-Anerkennung der Plurizentrität des Deutschen die an der Fixierung auf einen überwiegend nord- bzw. westmitteleuropäischen Sprachgebrauch deutlich wird.
2. Eine Genre-Verengung des Standardsprachebegriffs durch Fixierung auf die Schriftsprache und monolinguale Kommunikationsformen bei gleichzeitiger Vernachlässigung der informellen, nichtöffentlichen Formen gesprochener Sprache.
3. Eine Verengung durch Idealisierung der Sprachverwendung – Standardsprache als Verkehrssprache der Gebildeten in der Öffentlichkeit bzw. Standardsprache als Sprache der Öffentlichkeit. Dazu ist zu sagen, daß die sog. „Gebildeten“ südlich des Mains, in Österreich und der Schweiz weder monolingual sind, noch sprechen diese durchgängig Standardsprache entsprechend der kodifizierten Formen. Auch hat es die Medialisierung des Lebens mit sich gebracht, daß heute faktisch alle Sprachformen in der medialen (und sonstigen) Öffentlichkeit präsent sind.

These 15:

Eine erfolgreiche Sprachpolitik nach außen hat eine glaubwürdige und auf Kooperation gerichtete Sprachpolitik im Inneren zur Voraussetzung. Solange dies nicht der Fall ist, bleibt die Instrumentalisierung der Auslandskulturpolitik offensichtlich und mit dem Verdacht des wirtschaftlichen und kulturellen Imperialismus behaftet, was wesentlich mit den derzeit vorherrschenden Konzepten einer angebotsorientierten Sprachpolitik zusammenhängt.

Zu wünschen wäre daher, daß sich eine zeitgemäße Sprachpolitik des Deutschen wieder mehr auf die nachfrageorientierten Konzepte zurückbesinnt, die bis Mitte der achtziger Jahre vorherrschend waren, den Sprach- und Kooperations-Bedarf der ausländischen Partner in den Mittelpunkt stellten und damit potentiell eine Kooperation zu den Bedingungen beider Seiten ermöglichten. Damit würde auch das Reden von interkultureller Verständigung im Kontext

⁷ Aus: World Federation of Modern Language Associations. Betley, E. et. al. (1993): Language Policies of the World of the Twenty-First Century. Report for UNESCO. S. 19ff)

der Vermittlung und Verbreitung von DaF wenigstens ansatzweise seine eigentliche Bedeutung wiedererlangen.

Literatur:

„Empfehlungen zu den Besonderheiten des Lehrens und Lernens von Deutsch als zweiter Fremdsprache.“ In: Bausch/Heid, Das Lehren und Lernen von Deutsch als zweiter oder weiterer Fremdsprache. Bochum 1990, 11 – 18.